



Landeshauptstadt
Potsdam

Heinz Kleger

POTSDAM

**Für eine offene
und tolerante Stadt
der Bürgerschaft**

Potsdam 2008

- in Erinnerung an das ‚Edikt von Potsdam‘ (1685).

Was ist das Projekt „Potsdamer Toleranzedikt“?

Im Jahr 2008 wird in Potsdam über Toleranz und Weltoffenheit diskutiert. Die Landeshauptstadt Potsdam unternimmt zusammen mit dem Verein proWissen Potsdam e.V. einen Anlauf zur Gestaltung eines neuen Toleranzediktes.

In Anlehnung an das „Edikt von Potsdam“, in dem 1685 der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm hugenottische Glaubensflüchtlinge in Potsdam und Brandenburg aufnahm, soll das neue Toleranzedikt von den BürgerInnen Potsdams erstellt werden.

Das Ergebnis dieses vielseitigen Stadtgesprächs innerhalb der Bürgerschaft wird am Ende des Jahres vorgestellt. Es soll eine gemeinsame Vereinbarung aller PotsdamerInnen für mehr Toleranz und Weltoffenheit in der Stadt werden. Eine Handlungsverpflichtung, wie wir zukünftig in Potsdam zusammenleben wollen und was Toleranz in dieser Stadt bedeutet.

Die Diskussionsgrundlage bildet der in dieser Broschüre vorgelegte Text von Prof. Heinz Kleger „Für eine offene und tolerante Stadt der Bürgerschaft“. Er soll die nötigen Denkanstöße für die Debatte liefern.

Die Antworten und Vorschläge kommen von allen BürgerInnen der Stadt. Jeder ist eingeladen, sich zu beteiligen!

Der Diskussion sollen aber auch konkrete Umsetzungen folgen. Werden Sie aktiv - in und für Potsdam! Stellen Sie Ihre Ideen auf der Webseite www.potsdamer-toleranzedikt.de vor und suchen Sie Mitstreiter!

Heinz Kleger

Für eine offene und tolerante Stadt der Bürgerschaft

Potsdam 2008

- in Erinnerung an das ‚Edikt von Potsdam‘ (1685).



Landeshauptstadt
Potsdam



Herausgeber:

Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister
Friedrich-Ebert-Straße 79 - 81
14469 Potsdam

E-Mail: toleranzedikt@rathaus.potsdam.de

Web: www.potsdam.de/toleranzedikt

In Zusammenarbeit mit ProWissen Potsdam e.V.
c/o HFF „Konrad Wolf“
Marlene-Dietrich-Allee 11
14482 Potsdam

E-Mail: s.leinkauf@hff-potsdam.de

Web: www.prowi-potsdam.de

Ansprechpartner Projektkoordination
Daniel Wetzel und Julia Müller
Potsdamer Toleranzedikt
Postfach 90 02 46
14438 Potsdam

E-Mail: kontakt@potsdamer-toleranzedikt.de

Web: www.potsdamer-toleranzedikt.de

2. Auflage

Redaktionsschluss: 05. Februar 2008

Gestaltung: Werbeatelier Hesener / medienlabor - Agentur für
Kommunikation und Medienentwicklung KG



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

zu den großen Momenten der Geschichte unseres Landes gehört die Toleranzpolitik des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm. Sie manifestierte sich im Toleranzedikt von 1685 – ein Meilenstein der europäischen Geschichte.

Das Edikt war Ausdruck der Solidarität und der moralischen Verpflichtung, protestantischen Glaubensbrüdern aus Frankreich zu helfen. Es war aber auch dem Willen geschuldet, einem dünnbesiedelten, ökonomisch schwachen, innovationsarmen Land durch die Hilfe von Einwanderern eine Zukunft zu geben.

Ich sehe heute die Städte in einer großen Verantwortung für die Umbrüche in einer globalisierten Welt. Städte können und müssen Zufluchtsort für Menschen ohne Heimat sein. Städte müssen zum Wohle ihrer eigenen Lebensqualität das Thema Toleranz in den Mittelpunkt stellen.

Potsdam sieht sich in der glücklichen Lage, in den letzten Jahren auch durch die Ansiedlung vieler neuer Unternehmen ein attraktiver Standort für Menschen geworden zu sein. Hier finden sie Arbeit. Aber hier finden sie auch die Lebensqualität für ihre Partner, Kinder, Eltern und für sich selbst.

Viele dieser Unternehmen agieren weltweit. Viele Mitarbeiter kommen aus den verschiedensten Teilen dieser Welt, sind manchmal nur für ein oder zwei Jahre in Potsdam. Die Forschungseinrichtungen sind weltweit vernetzt. Der Austausch von Wissen durch den Austausch von Menschen ist lebenswichtig für die in Potsdam ansässigen Einrichtungen und Hochschulen. Potsdam ist ein weltweit bekanntes Ziel für Touristen. Sie tragen ganz wesentlich zu unserem Wohlstand bei.

In Erkenntnis der Verantwortung und der ökonomischen Tatsachen haben wir uns dazu entschlossen, in Erinnerung an das Edikt von 1685 eine Neuauflage desselben zu initiieren. Neben vielen Gemeinsamkeiten und Unterschieden ist eines klar: Das Edikt von Potsdam wird von keinem Fürsten verkündet.

Es sind die Potsdamerinnen und Potsdamer, die das neue Edikt gemeinsam schaffen und vor allem auf Dauer gemeinsam leben.

Wir alle, die wir hier leben – ob von Geburt an, vor oder nach dem Mauerfall zugezogen, mit deutschem oder einem anderen Pass tragen zu dieser besonderen Situation bei. Das ist eine alltägliche Aufgabe, eine immerwährende Herausforderung für uns alle.

Es geht dabei eben nicht nur um die Frage der Ausländer allein. Es geht auch um das Verhältnis der Stadträume und Stadtteile zueinander. Es geht um die Alteingesessenen und Zugezogenen, um Ost und West und um unterschiedliche Sichten auf Geschichte und Gegenwart unserer Stadt.

Der vorliegende Text von Professor Kleger ist ein Angebot zur Diskussion. Es soll uns anregen, über unsere Vorstellungen von Toleranz, ihre Bedeutung für diese Stadt und ihre praktische Anwendung und deren Nutzen zu diskutieren.

Nur wenn wir auch in unserer alltäglichen Arbeit und Freizeit deutlich machen, dass unsere Stadt offen und tolerant ist, werden wir davon profitieren.

Wir streben an, dass Potsdamer Unternehmen, Vereine, Organisationen und Initiativen in den nächsten Monaten über die Befassung mit den Zielen eines neuen Edikts ihren ganz konkreten Focus auf das Thema werfen. Unser Ziel und unser Wunsch ist es, dass nach dieser Befassung jeweils eine Selbstverpflichtung entsteht, in der sich die Beteiligten im Sinne des Toleranzgedankens zu konkreten Maßnahmen verständigt haben.

Wir wollen auch herausstellen, wie zahlreich schon heute die Aktivitäten der Potsdamerinnen und Potsdamer im Sinne einer offenen und toleranten Stadt sind.

In Zusammenarbeit mit dem Verein pro Wissen Potsdam e.V. – einer Vereinigung von Wissenschaftlern und an der Wissenschaft interessierten Potsdamerinnen und Potsdamern – haben wir die Neuauflage des Edikts von Potsdam als einen Baustein unserer Bewerbung für die Stadt der Wissenschaft im Jahr 2008 benannt.

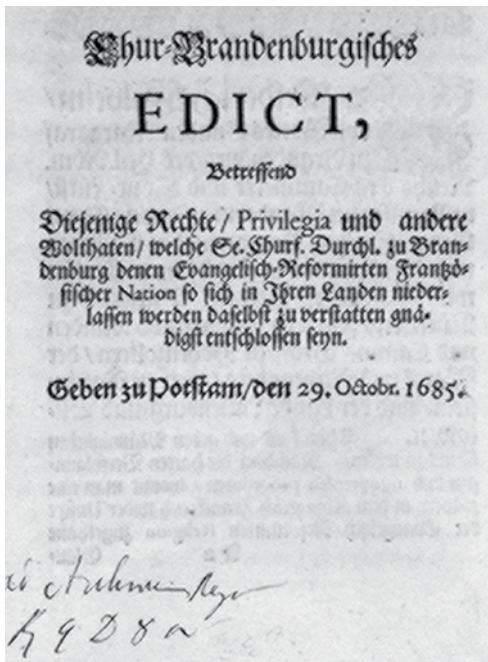
Ich bin Professor Kleger sehr dankbar für seine Denkanstöße. Gemeinsam mit dem Verein proWissen Potsdam e.V, Norbert Altenhöner und Uwe Carsten Heye entstand der Rahmen für diesen Text. Danken will ich an dieser Stelle auch dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für seine Unterstützung des Projektes.

Die Herausgabe dieser Broschüre ist der Anstoß für eine Diskussion bis in den Herbst diesen Jahres. Ich wünsche mir eine engagierte und offene Debatte über Toleranz in Potsdam. Ich hoffe auf viele praktische Selbstverpflichtungen Potsdamer Unternehmen, Vereine und einzelner Bürger als Zeichen der Offenheit, der Neugierde und der Akzeptanz.

Mit freundlichen Grüßen



Jann Jakobs
Oberbürgermeister



Chur-Brandenburgisches EDICT

Im Herbst 1685 hob Ludwig XIV., der Sonnenkönig von Frankreich, das Edikt von Nantes auf, das sein Großvater, Heinrich IV., 1598 erlassen hatte und das nach jahrzehntelangen blutigen Glaubenskämpfen Grundlage für das friedliche Miteinander von Reformierten und Katholiken geworden war. Mit der Aufhebung des Edikts stellte Ludwig die Hugenotten in seinem Land vor die Wahl, entweder zu konvertieren oder auszuwandern.

In dieser Situation veröffentlichte der Große Kurfürst sein Edikt – zunächst in französischer Sprache – und bot damit den Hugenotten einen Halt und zugleich eine neue Heimat.

Schon die Überschrift über diesem Papier zeigt jedoch, dass es Friedrich Wilhelm um mehr als Toleranz gegenüber

Chur-Brandenburgisches EDICT,
Betreffend Diejenige Rechte/Privilegia und andere Wohlthaten/welche Se.Churf.Durchl. zu Brandenburg denen Evangelisch-Reformierten Französischer Nation so sich in Ihren Landen niederlassen werden daselbst zu verstatten gnädigst entschlossen seyn.
Gegeben zu Potsdam/den 29.Oktobr. 1685

den Evangelisch-Reformierten ging. Es ging ihm um die Gewinnung hochwillkommener Einwohner und Fachkräfte für seine noch immer unter den Folgen des Dreißigjährigen Krieges leidenden Lande. So ist zu verstehen, dass die folgenden Artikel des Edikts tatsächlich zahlreiche Privilegia und Wohlthaten versprochen, die die einheimischen Landeskinder keineswegs genossen und die in der Folge durchaus auch zu Spannungen führten.

Andererseits trafen die Glaubensflüchtlinge aus Frankreich hier in Brandenburg-Preußen tatsächlich auf eine schon seit längerem vom Großen Kurfürsten entwickelte und geübte Toleranzpolitik. Die in anderen Herrscherhäusern geübte Politik „cuius regio, eius religio“ – „Wes' Land, des' Religion“ – wurde in Brandenburg nicht praktiziert. Hier galt vielmehr eine relative Freiheit des Glaubensbekenntnisses, niedergelegt im Toleranzedikt von 1662.

Diese Herangehensweise Friedrich Wilhelms findet ihre Entsprechung in den Handlungen seiner Nachfolger, allen voran Friedrichs II.: „Alle Religionen seindt gleich und guht, wan nuhr die leute, so sie profesieren, Erlige leute seindt ...“

Dem ist, betrachtet man die Entwicklung seit dieser Zeit wie auch die Gegenwart, nichts hinzuzufügen.

Text: Hartmut Kref

Inhalt

Potsdamer Selbstverständnis – Anliegen der Bürger

Toleranz als Entwicklungsstrategie

Zuwanderung als Chance

Integration von Differenz

Toleranz und Solidarität

„Berliner Aufklärung“

Voltaire und Friedrich der Große

Kreativwirtschaft

„Tolerantes Brandenburg“

Bürgerstädte und Demokratie

Urbane Republik

Die Vielfalt ist unser Reichtum

Wettlauf der Städte

Intoleranz als lehrreicher Kontrast

Toleranz als pragmatische Vision

Chancen der Stadt

Probleme der Stadt

Die grundlegende Toleranzherausforderung:
Entwicklung von Bürgerbewusstsein

Thesen

Potsdamer Selbstverständnis – Anliegen der Bürger

Ein ‚Toleranz-Edikt‘ von heute kann kein Erlass von oben sein, es muss ein Anliegen der BürgerInnen werden. Dabei geht es nicht um Vorschriften, sondern um ein neues Selbstverständnis. Im Zentrum dieses Selbstverständnisses steht nach der Epochenwende von 1989 die Freiheit, und zwar die Freiheit sowohl im Sinne privater Unabhängigkeit wie im Sinne der Freiheit, politisch sein und seine Meinung frei äußern zu können. Diese Freiheiten sind nicht selbstverständlich, denn sie schaffen auch Differenzen. Um diese Differenzen auszuhalten, bedarf es der Toleranz.

Freiheit und Toleranz bedingen sich, sie gehören zusammen und können nur zusammen überleben. Nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts mit dem totalitären Versuch, einen ‚neuen Menschen‘ zu schaffen, ist Toleranz zu einem zentralen und bleibenden Wert im friedlichen Zusammenleben der Menschen geworden. In den Städten wird dies alltäglich und konkret auf die Probe gestellt. Politische Urbanität ist als Kunst des Zusammenlebens auf engem Raum integrativ: In den Städten können sich Menschen verschiedener Herkunft und Schicht begegnen und neue BürgerInnen werden. Dadurch bildet sich eine neue Bürgerschaft, die mehr und anderes umfasst als Bürgertum im Sinne einer sozialen Schicht oder neue Bürgerlichkeit als kultureller Habitus.

Das neue Toleranzedikt soll Ausdruck dieser Bürgerschaft sein.

Toleranz als Entwicklungsstrategie

Die liberale Toleranz ermöglicht produktive Entwicklungen – wirtschaftlich, kulturell und politisch, was jede erfolgreiche Stadt- und Landesgeschichte vielfach belegt. Toleranz baut auf, wo Fanatismus zerstört. Voltaire nannte den Fanatismus eine Krankheit, deren Keime früh gelegt werden. Dagegen bedeutet Toleranz, deren Könnerschaft in einer differenzierten Gesellschaft erst mühsam gelernt werden muss, ein gedeihliches Zusammenleben vieler verschiedener Menschen: Sie führt zum Wachstum sowohl von Individuen als auch Gemeinwesen – übrigens nicht nur zum wirtschaftlichen Wachstum.

Mit Toleranz und Solidarität tragen die Menschen zu einem Gemeinwohl bei, das gleichermaßen das Wohl jedes Einzelnen ist, denn die liberale Toleranz verteidigt letztlich die Freiheit des Einzelnen. Ihr Prinzip ist die größtmögliche wechselseitige Freiheit für alle. Es ist die große Stärke des Liberalismus, austesten zu lassen, was die Einzelnen vermögen, ohne dass sie von vornherein vorgeschrieben bekommen, was in ihrem Interesse liegt. Diese Freiheit schließt dabei keinesfalls die politische und soziale Solidarität einer Bürgerschaft aus. Im Interesse des Liberalismus liegt es nämlich auch, die internen Grenzen dieser Freiheit zu bestimmen, die soviel Unabhängigkeit und Selbständigkeit wie möglich und verträglich erlauben.

Toleranz war und ist Bedingung liberaler Zivildynamik und somit auch erfolgreicher Stadtentwicklung. Sie gehört als Verhaltenstugend zu einer heterogenen Bürgerschaft, die einbeziehend und demokratisch ist. Die Stadtbürgerschaft ist eine Einwohnerbürgerschaft, die Kinder und Jugendliche ebenso umfasst wie alle Ausländer.

Zuwanderung als Chance

Das ursprünglich französischsprachige ‚Edikt von Potsdam‘ (1685) bot den hugenottischen Glaubensflüchtlingen eine neue Heimat. Es wurde zunächst in 2.000 Exemplaren an die Gesandten in Paris und an den Fluchtwegen in Hamburg, Regensburg, Den Haag und Frankfurt am Main verteilt. Dieser subversive Akt war die Stunde der preußischen Toleranz, nachdem das ‚Edikt von Nantes‘ (1598) gescheitert war. Im 17. und 18. Jahrhundert betrieb das preußische Herrscherhaus bewusst eine aktive Einwanderungspolitik und holte hugenottische Glaubensflüchtlinge, niederländische Handwerker, böhmische Weber und Schweizer Landwirte ins brachliegende Land. Bereits im Juni 1685 lud der Große Kurfürst 14 Schweizer Familien in die neugegründete reformierte Kolonie Nattwerder bei Potsdam ein. Die ihnen eingeräumten Privilegien wie Landerwerb, Erbrecht, keine Dienste, Bezahlung des Predigers und anderes mehr wurden zum Vorbild für den späteren Artikel 9 des Edikts von Potsdam.

Durch diese Politik wurde Brandenburg ein neues Land, in dem sich die Kolonisten der verschiedenen Völker mit den alten Bewohnern zu einer neuen Einheit verschmolzen. Die ‚Fremdlinge‘ sollten nicht nur durch Anreize gelockt, sie sollten auch beheimatet werden. Das Echo auf die ausgesprochene Einladung war groß; ebenso der Protest des französischen Königs. Es war eine gewünschte Integration, die allerdings auch mit Schwierigkeiten, Neid, Konkurrenz und Rangspannungen belastet war. Dies gehört unvermeidlich zum konfliktreichen Wechselspiel von Integration und Identität, das von beiden Seiten – den Fremden wie den Einheimischen – gewollt sein muss.

Toleranz und Entschiedenheit schließen sich nicht aus. Nach den historischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts lässt die rechtsstaatliche Demokratie den Anmaßungen ihrer Gegner nicht mehr freien Lauf. Sie besteht auf zivilen Umgangsformen und kennt Grenzen des Zumutbaren. Sie ist dabei mit der Macht des demokratisch legitimierten Rechts ausgestattet, für deren Entstehung und Durchsetzungsfähigkeit wir politisch Verantwortung tragen. Will man Zuwanderung als Chance begreifen, so muss allerdings auch entschieden offener und freundlicher mit Neuankömmlingen umgegangen werden. Gleichzeitig darf man von ihnen fordern, dass sie die Sprache lernen sowie Verfassung und Gesetze achten. So werden sie Teil einer verfassungsdemokratischen Bürgergesellschaft, in der sie ihre Freiheit nicht aufgeben müssen und die sie deshalb mit weiterentwickeln können. Offene und tolerante Städte eröffnen neue Chancen zur Selbstverantwortung, was für die Einheimischen ebenso gilt wie für die Fremden. Bei dieser urbanen Toleranz, die für unterschiedliche Kulturen offen ist, verschwinden die grundlegenden Werte nicht. Von einer zivilisierten Stadt werden sie sogar unter schwierigsten Umständen bekräftigt.

Toleranz ist eine unbequeme und keine schwache Tugend, die von beiden Seiten – Fremden wie Einheimischen – Entgegenkommen und Verträglichkeit abverlangt. Sie bleibt ein Streitfeld, auf dem sich zeigt, wie viel unsere Toleranz aushält und gleichzeitig konstruktiv zustandebringt.

Integration von Differenz

Gegenüber dem 17. und 18. Jahrhundert sind die Differenzenerfahrungen im heutigen Europa größer geworden. Der Ansatz des Einladungsedikts von Potsdam, religiöse Toleranz (Art. 11) mit einem kühnen Pragmatismus zu kombinieren, muss deshalb in Bezug auf die heutigen Umstände neu gedacht und praktiziert werden. Das außergewöhnliche Dokument kann im ‚Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte‘ im Kutschstall am Neuen Markt eingesehen werden. Weder religiöse Toleranz noch kühner Pragmatismus sind Selbstverständlichkeiten. Die gegenwärtige Problematik im Umgang mit Fremden liegt jedoch verstärkt darin, dass als fremd vor allem wahrgenommen

wird, was aus einem anderen als dem eigenen westeuropäischen Kulturkreis stammt. Die Fremden sind gewissermaßen fremder geworden. Integration bedeutet deshalb heute die Integration von größerer Differenz. Integration von Differenz, welche die Andersheit des Anderen nicht negiert oder aneignet, ist nicht mit Assimilation gleichzusetzen. Sie ist aber auch nicht einfach eine Politik der Differenz. Da Toleranz ein grundlegender Wert für eine freie und offene Gesellschaft ist, beruht sie nicht auf Ignoranz oder Gleichgültigkeit, sondern auf einer Kultur des wechselseitigen Respekts, der zivile Umgangsformen einschließt. An dieser Stelle ist eine couragierte Haltung nötig, die von allen eingefordert werden darf.

Tolerant sein bedeutet, das, was wir nicht verstehen, trotzdem zu respektieren. Etwas wachsen zu lassen, setzt Vertrauen, Geduld und Nachsicht voraus.

Toleranz und Solidarität

Auch die politischen Vorzeichen haben sich geändert: Die Fremden, die heute verstärkt als solche wahrgenommen werden, sind Asylbewerber und illegal Eingewanderte. Sie kommen oft nicht als wirtschaftlich potente Fachkräfte, sondern als Hilfsbedürftige, die an unserem Frieden und Wohlstand teilhaben wollen. Hier verbindet sich Toleranz mit der Solidarität für die Schwächsten. Damit entfällt ein kurzfristiger ökonomischer Pragmatismus als alleiniges Motiv für eine Toleranz von heute, obwohl langfristig Einwanderung angesichts der sinkenden Geburtenzahlen, der Abwanderung und des Fachkräftemangels nicht nur für Brandenburg, sondern für ganz Deutschland lebenswichtig werden wird. Die Haltung, die für diese Zukunft erforderlich sein wird, hat gewiss überzeugende ökonomische Gründe auf ihrer Seite, diese allein reichen aber nicht aus. Die unter uns lebenden Flüchtlinge gehören zu den Schwächsten der weltweiten Stadtgesellschaft, die bald zu einem Drittel aus Slums bestehen wird. Diese Menschen bedürfen neben der Toleranz auch der Solidarität, die im Kleinen eingeübt wird: in den Familien, Kirchengemeinden, Schulen usw. Diese Solidarität ergibt sich aus der Anerkennung der Würde des Menschen. So wie die Toleranz eine Konsequenz der Freiheit ist, ist die Solidarität eine Konsequenz der Toleranz.

Nur urban aufgeklärt kann heute noch auf die großen zivilisatorischen Probleme in sozialer und ökologischer Hinsicht reagiert werden. Die Städte sind ein Teil des Problems und zugleich seine Lösung, wenn es ihnen gelingt, eine neue Agenda und zugleich eine neue Generation zivilen Handelns hervorzubringen, für das die Fronten nicht so klar sind.

„Berliner Aufklärung“

Immanuel Kant aus Königsberg sprach 1784 in einem Aufsatz für die ‚Berlinerische Monatszeitschrift‘ von der Epoche der Aufklärung als dem Jahrhundert Friedrich des Großen. Die religiöse Toleranz wurde im 18. Jahrhundert zu seiner Staatsmaxime und bewirkte einen Vorsprung Preußens gegenüber seinen Konkurrenten Frankreich und Österreich. Die Berliner Aufklärung, die übrigens auch eine jüdische Aufklärung war, bildete sich nach 1770 um Moses Mendelssohn. Die individuellen Rechte bilden das Fundament der Aufklärung. Diese Bewegung, die – ebenso wie Kant – von Rousseau beeinflusst war, der die Menschen zur Wahrnehmung der eigenen Freiheit aufrütteln wollte, betrieb praktische Aufklärung: Die ‚Berliner Aufklärer‘ gründeten Vereine, Schulen, Verlage und Zeitschriften; sie lockten Juden und Nichtjuden nach Berlin und machten die Stadt zu einem zentralen Ort der Moderne – bis 1933, als aus Berlin ‚Germania‘ werden sollte. Dieser Größenwahn, der nicht nur die Stadt, sondern auch die Nation zerstörte, offenbarte das wahre Gesicht des Nationalsozialismus.

Bis zur Pogromnacht am 9. November 1938, die vor aller Augen stattfand, war die Synagoge auch in Potsdam ein fester Bestandteil der Bürgergesellschaft. Was dann kam, war ein Bruch mit den Grundlagen liberaler Zivilisation, welche die Aufklärungsepoche gelegt hatte. Diese Grundlagen bleiben fragil. Inspirierend für heute ist es, dass eine große Gruppe dieser Aufklärer Autodidakten und Migranten waren, die sich nicht dumm machen ließen.* Sie übten Berufe wie Verleger, Bibliothekar, Beamter, Kaufmann usw. aus. Heute gibt es ein Moses-Mendelssohn-Institut an der 1991 neu gegründeten Universität Potsdam, das den Namen der Zentralfigur dieser Bewegung trägt und eine wichtige Rolle im interkulturellen Dialog spielt. Die Universität, die inzwischen der größte Arbeitgeber der Stadt ist, darf stolz darauf sein, nach dem Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus wieder die ersten Rabbiner in Deutschland ausgebildet zu haben. Auch soll das jüdische Gemeindezentrum mit der neuen Synagoge mit Hilfe von Spendenmitteln wieder aufgebaut werden, nachdem in Berlin jüngst zwei neue Synagogen eröffnet werden konnten.

Nicht jede Aufklärung ist tolerant. Es gibt Formen radikalierter Aufklärung, die im 19. und 20. Jahrhundert in Rechthaberei, Bevormundung und Propaganda umgeschlagen sind. Die DDR zum Beispiel war aufgrund der Wissens-Anmaßungen des ‚Wissenschaftlichen Sozialismus‘ ein Vormundschaftsstaat. Der sozialistische Paternalismus griff überall ein; die Freiheit, nicht beherrscht zu werden, die freie Menschen und BürgerInnen auszeichnet, wurde so verunmöglicht und musste sich in Nischen zurückziehen.

Bei Voltaire, Mendelssohn und Lessing, welche die bekanntesten Toleranzschriften ihrer Zeit verfasst haben, gehen Aufklärung und Toleranz Hand in

* Vgl. Christoph Schulte, Die jüdische Aufklärung in Berlin, in: Europäische Ansichten (Hg. I.M. D'Aprile), Berlin 2004, S. 191-207.

Hand. Dies lässt sich am Verhältnis zur Religion erkennen, denn auch das Wissen der Aufklärung bleibt fragmentarisch und ungeschlossen. Eine lebensfreundliche praktische Philosophie benötigt daher eine Kultur des Verhältnisses zum Nichtverfügbaren.

Weltoffenheit und Toleranz bedingen sich, Größenwahn und Common sense hingegen schließen sich aus. Die Entwicklung der eigenen Urteilskraft im Gespräch mit anderen ist die Grundlage einer lernfähigen Demokratie. Niemand wird als Demokrat geboren.

Voltaire und Friedrich der Große

Voltaire, der 1750 bis 1753 in Potsdam weilte, verkörpert einen Höhepunkt der europäischen Aufklärung. Sein ‚Traité sur la Tolérance‘ (1763) stellt ein eindrückliches Zeugnis der Toleranzverteidigung dar. Voltaire weitet den Horizont der Toleranz aus – vom eigenen Kreis zum Rest der Welt, vom Religiösen zum Sozialen. Die große Öffnung der Welt im Aufklärungszeitalter bedeutet auch die Freilegung eigener Standortgebundenheit sowie Aufrichtigkeit in Bezug auf verschiedene Möglichkeiten, die Welt zu sehen und zu verstehen. Von Voltaire stammt der Satz: „Ich verabscheue, was Sie sagen, aber ich werde bis in den Tod Ihr Recht verteidigen, es zu sagen“. Die Fortschritte der praktischen Toleranz, die Voltaire im Kampf um die öffentliche Meinung zu erzielen suchte, gehen einher mit Gleichgültigkeit gegenüber ‚Dogmen‘ und ‚Systemen‘. Damit wird das Zusammenspiel zwischen offener Wahrheitsfrage und Toleranz eröffnet – bis in unsere Zeit hinein. Der Glaube indessen bleibt selbst für den großen Spötter Voltaire unverzichtbar: Die Religion ist sowohl für den sozialen Zusammenhalt wie für die Tugend der einzelnen Bürger wichtig. Es handelt sich freilich um eine Bürgerreligion, die an dogmatischer Lehre nicht interessiert ist, weshalb sie von Kirche und Theologie eher gering geschätzt wird. Diese Aufklärung ist kosmopolitisch: Bürgerreligion, die seit Bayles aufgeklärter Skepsis auch Atheisten umfassen kann, und universale Toleranz bedingen sich nicht nur, sie stützen sich auch, solange der öffentliche Raum frei bleibt.

Selbst Kritiker Preußens loben die weitgehende Zensur- und Denkfreiheit bis 1786, dem Todesjahr von Friedrich dem Großen, in dem auch die im 17. Jahrhundert begonnene Toleranzpolitik endete. Was ist an Friedrich dem Großen, der Preußen als europäische Großmacht formte, in unseren bescheidenen Zusammenhängen groß zu nennen, so dass es bleiben sollte? Groß oder großzügig ist seine Einladung an Voltaire; groß ist weiterhin, dass er 1765 in Berlin eine zweibändige Auswahl von Pierre Bayles subversivem ‚Dictionnaire historique et critique‘ der damaligen Irrtümer herausgab; groß ist schließlich, dass er sich zwar gegen den ‚esprit encyclopédique‘ aussprach, dennoch aber ein Verbot der revolutionären ‚Encyclopédie‘ von Diderot und d’Alembert ablehnte.

Es gibt durchaus einen Potsdamer Beitrag zur europäischen Aufklärung, an dem wir uns heute messen müssen. Die Versuchungen, hinter ihn zurückzufallen, sind groß. Liberaler Schein ist noch keine liberale Wirklichkeit. In vielen Debatten fehlt es an Toleranz: Es wird oft mehr moralisiert als politisiert im Sinne eines aktiven Interesses an öffentlichen Angelegenheiten.

Kreativwirtschaft

Nicht nur die kulturellen und politischen Vorzeichen haben sich seit dem 18. Jahrhundert erheblich gewandelt, auch die Wirtschaft ist in einem tiefgreifenden Umbruch begriffen. Die Rede ist vom Wandel der Industriegesellschaft in die Wissensgesellschaft. Seit den 70er Jahren haben sich Produktion, Akkumulation und Regulation in den westlichen Industriegesellschaften nachhaltig verändert. Die Stichworte dazu lauten: spezialisierte und flexible Produktion, flexible Arbeitsmuster mit Risikoverlagerung zum Arbeitnehmer hin, angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, aktivierende Sozialpolitik sowie private Vorsorge. Dazu kommt eine neue internationale Arbeitsteilung, welche die westlichen Länder dazu nötigt, neue Potenziale, vor allem die ‚wissensbasierten Rohstoffe‘ zu aktivieren. In diesem Zusammenhang gewinnen die drei großen T's der Kreativwirtschaft – Talente, Technologie und Toleranz – eine überraschende Relevanz.* Es entsteht eine neue Geographie der ‚kreativen Klasse‘, in der Potsdam als Silicon-Sanssouci (Hasso-Plattner-Institut, Oracle, VW-Design, medienlabor u.a.) mitkonkurriert. Potsdam kann und muss als Wissenschaftsstadt mit drei Hochschulen und mehr als 40 außeruniversitären Instituten sowie über 5.000 Forschern auf wissensbasierte Unternehmensgründungen setzen.

Die Entfaltung von Kreativität ist ganz besonders auf Toleranz in seiner mehrschichtigen Bedeutung angewiesen, da sie Freiräume und Austausch benötigt. Toleranz und Eigensinn sind Geschwister. Die Wertewandel-Forschung belegt, dass seit Mitte des 20. Jahrhunderts die gesellschaftsweite Rolle der Kreativität gestiegen ist. Dies gilt für zahlreiche Tätigkeiten und ein breites Spektrum von Berufen. Hierbei geht es nicht um Geniekult oder Eliten: Kreativität ist sowohl ökonomisch, technologisch wie kulturell gemeint. Jeder Mensch hat kreatives Potenzial, das geweckt und entwickelt werden kann. Allerdings müsste mehr über Inhalte gesprochen werden und darüber, für wen und was sie gut sind. Zudem soll sich die tolerante Umgebung auch ins Innere der Unternehmungen, Schulen, Institute und Behörden erstrecken. Aus dem geforderten Ruck darf kein unerträglicher Druck werden.

Seit jeher gibt es einen Zusammenhang zwischen pragmatischer handlungsbezogener Kreativität und Stadt. Mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung der Kreativität wächst die Wichtigkeit der toleranten Stadt. Die kreative Stadt verengt das Verständnis von Kreativität jedoch nicht auf Kreativ- und

* Vgl. Richard Florida, *The rise of the creative class*, New York 2004 (erstmalig 2002); siehe auch: Simon Franke/Evert Verhagen (ed.), *Creativity and the city*, Rotterdam 2005; und: Talente, Technologien und Toleranz – wo Deutschland Zukunft hat (hrsg. vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung), Berlin 2007.

Kulturwirtschaft, die ökonomische Werte schafft. Als ‚Polis‘ ist sie auch Entstehungsort (place) der Politik im Sinne von ‚civic creativity‘. In diesem Sinne muss sich ebenso die partizipative Demokratie, die Stadt und Bürgerschaft identisch werden lässt, neu erfinden – als Bürgerkommune, Bürgerhaushalt, Stadtforum und Lokale Agenda, die miteinander und anderen Institutionen zu verzahnen sind. Diese lose Kopplung macht die demokratische Polis insgesamt stärker.

Die weiche Toleranz, die nicht erzwungen werden kann, ist zu einem harten Standortfaktor geworden. Dadurch ist die kreative Stadt als Stadt der Bürgerschaft aufs Neue herausgefordert.

„Tolerantes Brandenburg“

Ein tolerantes Brandenburg ist zur Zukunftsfrage des Landes geworden. Im Unterschied zur ‚Toleranz von oben‘ im 17. und 18. Jahrhundert, die vom Herrscherhaus verordnet wurde, ist heute das Zusammenwirken im Sinne demokratischer Regierbarkeit wichtig: der Initiativen von unten, die auf lokaler und regionaler Ebene gegen das Klima der Fremdenfeindlichkeit vorgehen, und der politischen Positionierung von Regierungsseite, wie dies mit dem Handlungskonzept ‚Tolerantes Brandenburg‘ seit 1998 versucht wird. Das ‚Tolerante Brandenburg‘ bündelt, durchaus wirksam, die Handlungschancen, die in der Entwicklungsstrategie von Toleranz liegen: Es verbindet staatliche und nicht-staatliche Möglichkeiten, Rechtsstaat und Bürgergesellschaft, Repression und Prävention bei der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rechtsextremismus. Das ‚Tolerante Brandenburg‘ sollte dabei als Identitäts- und nicht als Imagekonzept verstanden werden. Die ‚BrandenbürgerInnen‘ können Lokalpatrioten sein, die tolerant sind, denn funktionierende Gemeinwesen sind ebenso auf empfindsame Lokalpatrioten angewiesen wie auf Gastfreundlichkeit und Aufnahmefähigkeit.

Die Städte spielen hierbei einmal mehr eine besondere Rolle, nicht nur als Einflugschneisen für Zuwanderer, sondern auch als Integrationswerkstädte eines Landes: Was ihnen nicht gelingt, gelingt auch den Ländern nicht, die heute mehrheitlich differenzierte und stadtreiche Staatsgesellschaften sind. Attraktive Städte öffnen Integrationschancen innerhalb einer noch nicht festgefügtten Einheit – sie haben Baustellencharakter. Die Stadtgeschichte ist Toleranz- und Emanzipationsgeschichte in einem. In den Städten erweist es sich, was tragfähiges gesellschaftliches Zusammenleben heißen kann. Man ist zuerst StadtbürgerIn, bevor man WeltbürgerIn wird. Die Stadt ist als Weltort ein Ort der Vermittlung und des Pragmatismus. Zivilität entwickelt sich nicht ohne Konflikte, sondern durch Konflikte hindurch, die auf diese Weise jeweils einen neuen Wertekonsens aus geteilter Erfahrung schaffen.

Die Entwicklungsstrategie der Toleranz verspricht vor allem dann erfolgreich zu sein, wenn sich Bürgerschaft und staatliche Institutionen bei der Umsetzung gegenseitig unterstützen und wechselseitig ergänzen. Toleranz sollte ein Identitätsmerkmal der neuen Berlin-Brandenburger werden. Der Freiheit und Toleranz erwachsen heute in verschiedener Hinsicht (ökonomisch, sozial und kulturell) neue Aufgaben, die nicht geringer, sondern größer werden.

Bürgerstädte und Demokratie

Die Städte wetteifern geradezu um den Ruf der tolerantesten Stadt. Potsdam, Cottbus und Frankfurt/Oder – nicht zufällig Universitätsstädte – haben große Demonstrationen für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit organisiert. Immer sind solche Demonstrationen auch republikanische Demonstrationen für die Demokratie als Wert an sich. Demokratie existiert nicht ohne Eigenhaftung, sie ist auf BürgerInnen angewiesen, die für sie einstehen und sich mit ihrem Gemeinwesen identifizieren. Die Städte sind dabei die konkreten Orte, an denen gleichzeitig transnationale Politik und bürgerliche Verpflichtungen hochgehalten werden. Bürgerstädte waren immer Hort des Liberalismus mit seinem Prinzip größtmöglicher Freiheit und gleichzeitig des Republikanismus mit seinen Bürgertugenden. Man darf beides nicht gegeneinander ausspielen, denn das moderne Individuum kann sich selber überschreiten und bis zu einem gewissen Grad neu zusammensetzen. Der modernen Praxis der Freiheit kann es gelingen, durch neue Formen der Zivilität ihre eigene Selbstrelativierung zu betreiben. Genauer gesagt geht es um die Relationierung mit anderen Werten des Lebens, denn das Leben spielt sich in Relationen ab – die Werte können dabei neu sortiert und kombiniert werden. Dafür benötigen Menschen allerdings ermutigende Umstände – eine Kombination von Anregung und Sicherheit.

Politische Urbanität und neue Zivilität sind nicht aussichtslos, wenn es gelingt, Wandel mit verbindlichen Dialogprozessen im öffentlichen Raum zu verknüpfen. Im Rahmen von Städten und darüber hinaus heißt dies konkret: behutsame Erneuerung, nachhaltiges Bauen, sozialer Ausgleich, intelligente Verdichtung, regionale Planung sowie Integration von Differenz.

Urbane Republik

Heute brauchen wir einen neuen liberalen Republikanismus der Städte, der – wenn Not regiert – sich auch kritisch gegenüber Staats- und Bundesgesetzen verhält. Dafür müssen sich Städte, obwohl sie ‚Egoisten‘ sind, die sich attraktiv machen, verbünden, wie es gegenwärtig die amerikanischen Städte in

Fragen des Klimaschutzes und der Asylpolitik (sanctuary) tun. Auch Potsdam hat mit dem Abschiebe-Aufschub für bloß ‚Geduldete‘, aber gut integrierte Ausländer – bis zur endgültigen Bleiberechts-Regelung der Länder – ein Beispiel für diesen zivilen Ungehorsam der Städte gegeben, der sie zu Zufluchtsorten und zugleich, in verschiedener Hinsicht, zu kosmopolitischen Vorreitern macht. So trat Potsdam bereits 1995 dem Klimabündnis europäischer Städte bei. Das ‚Potsdamer Memorandum‘ der fünfzehn Nobelpreisträger fordert inzwischen die Halbierung der Kohlendioxid-Emissionen bis 2050. Der Schlüsselbegriff darin lautet ‚Kohlenstoffgerechtigkeit‘.

Grundlage urbaner Toleranz ist die Verteidigung der Stadt gegenüber den Feinden einer minderheitenfähigen Demokratie. Städte sind – im Verbund mit anderen Städten – kosmopolitische Vorreiter einer neuen Politik.

Die Vielfalt ist unser Reichtum

Die Städte melden sich auch wieder zu Wort, wenn es um eine neue Integrationspolitik geht. In ihnen entstehen innovative Netzwerke für Integration, welche die Förderung der Sprache, Bildung und Arbeit verknüpfen. Integrationsarbeit wird zu einem Querschnittsthema, auch Potsdam erarbeitet diesbezüglich ein neues Leitbild. Die Ausrichtung am eigenständigen Individuum entspricht dabei unserer Vorstellung von Integration der Differenz.

Was die politische Kultur angeht, so sind die Städte – bei allen Schwierigkeiten, die sie haben – Orte der Vermittlung und des Pragmatismus geblieben. Daraus ergibt sich ein spezifischer städtischer Integrationsmodus. Der unbedingte wechselseitige Respekt im Rahmen eines städtischen Gemeinwesens, welches sowohl das Gemeinsame wie die Individualität fördert, ist dafür Voraussetzung. Zur europäischen Urbanität gehört eine entwicklungsfähige Toleranz, die auf Vielfalt setzt. Vielfalt ist ein Wert an sich, sie ist in der Kultur, was die Artenvielfalt in der Natur ist – ein unbezahlbarer Reichtum.

Statt zu stören ist gelebte Vielfalt ein Grund, stolz auf die eigene Stadt zu sein.

Wettlauf der Städte

Potsdam soll sich am Wettlauf der Städte um Toleranz beteiligen. Gemessen an westeuropäischen Standards gibt es noch erhebliche Defizite. Im Vergleich beispielsweise zu den westdeutschen Landeshauptstädten weisen für das Jahr 2005 alle – bis auf Kiel (8,7 %) – einen zweistelligen Anteil an ausländischer Bevölkerung auf, München und Stuttgart sogar über 20 %. In

Potsdam betrug er im Jahr 2006 4,6 %. Unter den insgesamt 9.482 Zuzügen nach Potsdam betrug 2005 der Ausländeranteil 17,1 %. In Berlin war der Anteil im selben Jahr mit 39,6 % mehr als doppelt so groß. Im Jahr 2006 betrug der Ausländeranteil von den 8.954 Zuzügen nach Potsdam 15,9 %, da aber in den vergangenen Jahren unter den Wegzügen aus Potsdam ein gleichwertiger Anteil an Ausländern auftrat (2005 14,7 % von 7.710, 2006 17,0 % von 8.126) stagniert der Ausländeranteil insgesamt an der Potsdamer Bevölkerung im Jahr 2006 bei 4,6 %. Ein Grund dafür ist, dass gerade gut ausgebildete Ausländer, die in Potsdam arbeiten (z.B. in den wissenschaftlichen Instituten auf dem Telegrafenberg oder in Golm), sich in der Wahl ihres Wohnsitzes noch zu oft für Berlin entscheiden; die Studenten ebenso.

Angesichts der niedrigen Ausländerquote und des niedrigen Ausländerzuwachses ist die Toleranz bei weitem noch nicht so gefordert wie in anderen westdeutschen Landeshauptstädten. Nach Herkunftsgebieten aufgeschlüsselt, kommt der größte Anteil der Ausländer aus Osteuropa; der relative Anteil an Ausländern afrikanischer Herkunft sank sogar seit der Wende von 13,7 % (1992) auf 6,3 % (2005). Die höchste Ausländerquote hatten 2005 die Stadtteile Bornim mit 11,4 % (dort befindet sich eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber, bis Mai 2006 befand sich an der Kirschallee ein Übergangwohnheim für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer aus Osteuropa), Golm mit 10,8 % (wegen der ausländischen Studenten) und Schlaatz mit 9,3 % (dort gibt es günstigen Wohnraum). *

Das Edikt von 1685 wird gerne mit der heutigen Green Card verglichen, welche die Grundlage für die Ansiedlung von Arbeitskräften bildet. Darüber hinaus sicherte der Große Kurfürst den Menschen verschiedener Glaubensrichtungen und Nationalitäten Freiheit und Schutz zu. Auch unter späteren Herrschern wurden Arbeiter aus dem Ausland nach Potsdam geholt. So errichtete Friedrich der Große 1750 in Nowawes, dem heutigen Babelsberg, das Weberviertel, wo religiös verfolgte böhmische Einwanderer arbeiten und leben konnten. Anders als damals ist jedoch heute der Ausländeranteil vergleichsweise gering. Die Statistiken des 19. und 20. Jahrhunderts stützen in keiner Weise den Mythos von der toleranten Einwandererstadt – im Gegenteil. Am Ende der DDR-Zeit war Potsdam praktisch ‚ausländerfrei‘ (1991: 0,8 %-Anteil). Daran konnten die rechten Parolen von den ‚national befreiten Zonen‘ anknüpfen. Es gab nicht nur eine Leerstelle des Fremden, sondern auch eine Leerstelle des Öffentlichen, Zivilen und Urbanen, die einander bedingen.

Eine neue Bemühung im Vergleich und Wettbewerb der Städte ist der erste Grund, warum Potsdam ein neues Toleranzedikt braucht, welches die Stadt aufrüttelt. Die Lebens- und Arbeitsorte sind nicht mehr alternativlos vorgegeben, in einer Zeit der Globalisierung und Mobilität werden sie vermehrt zu einer Option.

* Zu den Zahlen vgl. Statistischer Informationsdienst Nr. 2/2006 der LHP: Ausländer in der LHP 2005; Statistischer Informationsdienst Nr. 3/2006 der LHP: Die Landeshauptstädte der BRD im statistischen Vergleich.
2005; Statistischer Informationsdienst Nr. 2/2007 der LHP: Bevölkerungsentwicklung der LHP von 1991-2005; Statistischer Jahresbericht für Potsdam 2006.

Intoleranz als lehrreicher Kontrast

Potsdam zehrt von einer großen Vergangenheit im Positiven wie im Negativen. Zahlreiche Orte der Stadt bieten Anschauungsunterricht für Toleranz wie – auch – für Intoleranz. So dicht nebeneinander wie kaum woanders findet man in Mitten der Innenstadt an der Lindenstraße 54/55 einen authentischen Ort für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert (nationalsozialistische Rassenpolitik, sowjetisch geprägter Kommunismus, DDR-geprägter Sozialismus). Während dieses Gebäude eines ehemaligen Stadtpalais, hinter dessen Fassade sich furchtbare Gräueltaten verbergen, ein Ort der Erinnerung ist, ist der Wiederaufbau der ehemaligen Garnisonkirche ein Ort der Deutung. Die vielschichtige Auseinandersetzung um die Rolle der ehemaligen Stadtkirche ist ein Geschichtslernort par excellence für die lebendige Gegenwart der Stadt und darüber hinaus. Der Versuch, die Kirche im Sinne einer minderheitenfähigen Demokratie zu öffnen und mit internationaler Versöhnungsarbeit zu verknüpfen, schlägt ein neues Kapitel in der Potsdamer Toleranzgeschichte auf. Gerade diese Stadt mit ihrer Sonderstellung kann viel aus der Geschichte lernen und weckt Visionen. Diesen ‚genius loci‘ gilt es auszuschöpfen! Die Orte treten heute in einen Wettbewerb, der den Blick für ihre Besonderheiten schärft. Wir sollten deshalb generell das Besondere pflegen. Dazu gehört zum Beispiel die Hochschule für Film und Fernsehen mit dem Namen ‚Konrad Wolf‘.

Tatsächlich wird in Potsdam viel für die Vergangenheit (und die Touristen) getan, der Wagemut für die Gegenwart und die Zukunft hält sich indessen noch in Grenzen. Die viel gelobte Toleranz, die mit dem Edikt von 1685 einhergegangen war, bildet einen längst vergangenen Abschnitt in der Stadtgeschichte, von dem man ökonomisch und kulturell noch immer profitiert – wahrlich eine bequeme historisierende Toleranz. Dieses Denken ist zu sehr vergangenheitsorientiert. Eine kritische Erinnerungskultur, die mit vertiefter Gegenwartserfahrung verbunden ist, geht über bloßen Historismus hinaus.

Die Reduzierung Potsdamer Toleranz auf das ‚Edikt von Potsdam‘ unter Ausblendung der Potsdamer Geschichte massiver Intoleranz erzeugt eine allzu bequeme historisierende Toleranz.

Toleranz als pragmatische Vision

Der Toleranzgedanke ist eine Stütze für politisches Denken, das eine Brücke von der Vergangenheit in die Gegenwart und in die Zukunft schlägt. Welche Zukunft liegt aber in dieser Vergangenheit, und was müsste – im Kontrast zu dieser Vergangenheit – neu überlegt und angegangen werden? Ein neues Toleranzedikt soll die Bürgerschaft von Potsdam dazu einladen, sich über diese Fragen Gedanken zu machen. Eine vertiefte Zeiterfahrung der Gegenwart versteht Vergangenheit und Zukunft als Möglichkeit.

Der gegenwärtige Stadtumbau Ost ist nicht nur eine große Herausforderung für die Bürgerkommune, sondern auch für die Toleranz. Wenn die Stadt zu wenig Bürger hat, muss sie Zuwanderung organisieren, denn wer zuwandert, bringt Hoffnung mit. Die Chancen für eine zivile Alltags- und demokratische Stadtkultur werden allerdings davon abhängen, wie sich die große Zahl der Bevölkerung und ihr Common sense orientiert. Die globale Wissensgesellschaft bietet den Städten neue Handlungsmöglichkeiten. Diese Entwicklungen provozieren Toleranz wie sie Toleranz fördern können – das ist ein Wechselspiel. Die Europäisierung und Internationalisierung in den Köpfen hat begonnen, die mentalen Landkarten verändern sich. Potsdam befindet sich inmitten eines europäischen Zukunftsraumes, der eine grenzüberschreitende und vernetzte Städtereion ist.

Toleranz als eine Stütze der Zukunft Potsdams fußt auf einer kritischen Erinnerungskultur und einer rekonstruierenden Stadtentwicklung, deren Träger in erster Linie die Bürgerschaft sein muss.

Chancen der Stadt

Potsdam bietet viele Chancen. Es ist zudem in verschiedener Hinsicht privilegiert: vor allem durch die Schönheit der Kulturlandschaft und seine Berlin-Nähe, was gleichermaßen Vorteil und Konkurrenz bedeutet. Durch Geschichte und Kultur, die Film- und Mediengeschichte, die globalen Unternehmen und wissenschaftlichen Institute hat dieser schöne Ort seit jeher eine Verbindung zur Welt. Diese Verbindung gilt es heute zu vertiefen und zu erweitern. Für die globalen Zivilisationsnetzwerke aus Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft ist Intoleranz mehr als ein Störfall, sie ist der größte anzunehmende Unfall, denn ihre Existenz und Entwicklung setzen Liberalität und Toleranz, Offenheit und Neugierde voraus. Die fremdenfeindlichen Übergriffe in den vergangenen Jahren und ein Klima der Angst sind Auslöser für ein neues Toleranzedikt, welches die ganze Bürgerschaft angeht.

Das kleine Potsdam ist groß als Wissenschaftsstadt, Technologiestandort, Sport- und Kulturstadt. Das Wanderungsvolumen im Zeitraum 1992 bis 2005 hält sich mit 96.563 Zuzügen und 97.749 Wegzügen in etwa die Balance. Die Geburtenrate liegt inzwischen auf der Höhe westdeutscher Städte und weit über dem ostdeutschen Durchschnitt. Potsdam schrumpft nicht, sondern wächst insbesondere seit der Jahrtausendwende – und es wächst in verschiedener Hinsicht: seit 2000 hat Potsdam ein positives Wanderungssaldo, 2002 erreichte Potsdam erstmals einen Geburtenüberschuss von 0,3 %, der bis 2005 auf 1,5 % anstieg; 2005 betrug der Saldo 12,1 % (Zu: 9.482, Weg: 7.710); 2005 hatte Potsdam – wie alle anderen Landeshauptstädte – zudem ein positives Einpendlersaldo. Der Anteil der Einpendler an den Beschäftigten am Standort Potsdam ist mit fast 60 % relativ hoch, nur Mainz, Saarbrücken und Stuttgart

weisen höhere Werte auf. Der größte Zuwachs von 130.958 Einwohner (1997) auf 146.430 (2005) ist indessen auf die Eingemeindung von mehreren Umlandgemeinden zurückzuführen. Dies trägt mit zur Fragmentierung der Stadt bei und stellt eine besondere Herausforderung an die Toleranz zwischen Stadt und Land und an die Toleranz im Dorf dar; in Groß Glienicke feiert man Dorffeste und nicht Stadtfeste. Diese ländlich geprägten neue Ortsteile im Norden Potsdams weisen 2005 eine sehr niedrige Ausländerquote zwischen 0,8 und 2,8 % auf. Womöglich besteht auch eine neue Herausforderung für die Toleranz zwischen Jung und Alt: In den vergangenen zehn Jahren hat sowohl der Anteil der ganz Alten wie der ganz Jungen deutlich zugenommen; der Potsdamer Altersindex (das Verhältnis der Über-65jährigen und der Unter-18jährigen) verzeichnet 2001 erstmals mehr Rentner als Kinder und Jugendliche.

Die große Gruppe der neu zugezogenen, jungen, kinderreichen und gut ausgebildeten PotsdamerInnen findet eine schnelle und hohe Identifikation mit der Stadt, deren beste Zeit die Gegenwart ist. Das bürgerschaftliche Potenzial ist groß. Diesen Menschen liegt an der Toleranz der Stadt, die sie erfahren und deshalb als BürgerInnen schützen wollen. Die kinderfreundliche Stadt kommt dem entgegen. Die NeubürgerInnen wohnen zumeist in Babelsberg und der Innenstadt sowie in der Brandenburger Vorstadt, Jägervorstadt, Nauener Vorstadt und Berliner Vorstadt.

Potsdam ist reich an Möglichkeiten, die zu mehr Toleranz und Solidarität geradezu verpflichten. Wir können heute zugleich freier und reicher, solidarischer und toleranter sein.

Probleme der Stadt

Potsdam ist indessen auch eine zerrissene Stadt, die viele Probleme hat. BürgerIn einer Stadt wird man, wenn man sich auf deren Probleme einlässt und nicht nur auf deren Chancen. Zur Bürgerschaft gehört diese minimale Solidarität, die sich erweitern lässt. Potsdam ist nicht nur schön, sondern an vielen Stellen auch hässlich. Die ‚Perle der Mark‘ wurde gründlich zerkratzt, der historische Stadtgrundriss ist zerstört und der neue Geist von Potsdam noch nicht genügend erkennbar. Die Zerrissenheit der Stadt führt entlang der nördlichen und südlichen Seite der Havel und ist nicht nur architektonisch, sondern auch sozial sichtbar. Die Verwaltung spricht von sechs verschiedenen Sozialräumen. Waldstadt I und II, Am Stern, Zentrum Ost sowie Drewitz und Schlaatz mit der größten Arbeitslosigkeit und dem höchsten Anteil an Sozialhilfeempfängern und Kinderarmut haben andere Probleme als die Berliner Vorstadt. Während die nördlichen Vorstädte seit 2000 mehr als 30 % Bevölkerung hinzugewonnen haben, beträgt der Wegzug in einigen Neubaugebieten im Süden bis zu 80 %.

Neu-Potsdamer und Einheimische unterscheiden sich, ohne dass wir freilich alle über einen Kamm scheren dürfen, sondern genauer hinsehen müssen. Es geht nicht um eine zebraartige Schwarz-Weiß-Malerei der Stadt, denn Vorurteile und Ressentiments gibt es auf allen Seiten, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Basis für eine offene und tolerante Bürgerschaft ist die gesamtstädtische Wahrnehmung und Aufmerksamkeit sowie die Gesprächs- und Lernfähigkeit; Lobbyarbeit der gut organisierten Teile gibt es schon genug. Dagegen mangelt es an Freundlichkeit und einer Zuwendung ohne Paternalismus.

Bei den gebürtigen Potsdamern spielt eine stärkere Abgrenzung nach Außen und – über Vereine – eine stärkere Gemeinschaft nach Innen eine Rolle. Diese zivilen Netzwerke sind nicht immer zivil und gesamtstädtisch genug, was für die organisierten BürgerInnen insgesamt zutrifft. Wir müssen deshalb in Bezug auf beide Gruppen – die Neu-Potsdamer und die Einheimischen – fragen, wie sich Toleranz als krisenfeste Haltung eines guten Lebens unabhängig von der materiellen Situation entwickeln und durchhalten lässt. Dafür ist die Stadt gewissermaßen ein Labor. Potsdam bietet eine interessante Mixtur, die in Deutschland auf so kleinem Raum einzigartig ist: Verschiedenste Herkünfte, Mentalitäten und Perspektiven treffen in dieser ehemaligen Front-, Grenz- und Mauerstadt aufeinander. Dies führt natürlich zu Verständigungsschwierigkeiten und Konflikten, an denen eine neue Bürgerschaft aber auch wachsen kann. Daraus vor allem erklärt sich der Ruf nach Toleranz als innerstädtischer Herausforderung. Dies ist der zweite Grund, weshalb Potsdam ein neues Toleranzedikt braucht. Eine neue Bürgerschaft fällt nicht vom Wertehimmel, sie bildet sich in Konflikt und Kooperation, Wahrnehmung und Neugierde, Unverständnis und Gespräch.

Die grundlegende Toleranzherausforderung: Entwicklung von Bürgerbewusstsein

Wie kann man eine Stadt, die eine so weitreichende Bevölkerungsumwandlung erlebt hat und sozial zerrissen ist, noch zusammenhalten? Die zivile Basis dafür können Fortschritte der praktischen Toleranz sein, die mit Stadtkonflikten und der Bewältigung von Problemen einhergehen. Die grundlegende Toleranzherausforderung kommt weniger aus einem Problemüberhang mit dem Fremden, zu vielen Ausländern oder Integrationsproblemen, sondern stärker aus einem innerstädtischen Defizit. Durch die Aufholjagd bzw. die ‚nachholende Entwicklung‘ nach der Wende, die gleichermaßen so vieles zustandegebracht und viele abgehängt hat, war man getrieben. Man hatte keine Zeit, sich mit sich selber im Sinne einer vertieften Gegenwartserfahrung zu beschäftigen. Diese Getriebenheit erlaubte keine überlegte Entwicklung aus der Vergangenheit in eine neue Zukunft. Das neue Toleranzedikt soll deshalb zum Innehalten und Nachdenken anregen.

Die ‚Berliner Aufklärung‘ und das ‚Philosophische Wörterbuch‘, dessen Plan Voltaire in Sanssouci gefasst hatte, kann man als bürgerliche Popularphilosophie interpretieren, die eine Philosophie für die Welt ist. Aus diesen ideengeschichtlichen Anstößen und gegenwärtigen Herausforderungen heraus lässt sich für hier und heute eine demokratische Popularphilosophie als Orientierung entwickeln. Sie ist aufs Engste mit den grundlegenden Werten der Freiheit, Toleranz und Solidarität verknüpft. Indem sie die Vielen einbezieht, ist sie demokratisch; sie ist dialog-, prozess- und problemlösungsorientiert; sie denkt nicht in Fächern oder Ressorts, sondern beschäftigt sich mit Themen und Problemen; sie arbeitet konkret und ortsbezogen an der gemeinsamen Deutung von Erfahrungen, die Werte definieren und Identität stiften. Ihr erster Grundsatz lautet: selber denken, ihr zweiter Grundsatz: selber handeln. Diese Philosophie denkt mit der Stadt und nicht gegen sie, sie ist ein Produkt der Stadt und nicht der Schule. Dies erfordert, in der Gegenwart zu denken und neue Wege zu erkunden.

Beim neuen Toleranzedikt geht es darum, dass die Potsdamer in verbindlicher und verbindender Weise für das einstehen, was sie denken. Es soll zum Stadtgespräch werden und zugleich zu einem Leitfaden für die Zukunft.



Heinz Kleger,
Prof. Dr., geb. 1952 in Zürich,
ist Philosoph und
Sozialwissenschaftler; er lehrt
seit 1993 Politische Theorie
an der Universität Potsdam,
zuvor an der Universität Zürich
und Konstanz und erhielt den
Wissenschaftspreis
Berlin-Brandenburg 1996;
er lebt mit seiner Familie in
Potsdam und ist Vater von
zwei Kindern.

Thesen

Nur demokratisch, tolerant und aufgeklärt kann heute noch auf die großen zivilisatorischen Probleme in sozialer und ökologischer Hinsicht reagiert werden.

Weltoffenheit und Toleranz bedingen sich: Die Entwicklung der eigenen Urteils-kraft im Gespräch mit anderen ist die Grundlage einer lernfähigen Demokratie. Niemand wird als Demokrat geboren.

Liberaler Schein ist noch keine liberale Wirklichkeit. In vielen Debatten fehlt es an Toleranz.

Die Stadtbürgerschaft ist eine Einwohnerbürgerschaft, die Kinder und Jugendliche ebenso umfasst wie alle Ausländer.

Grundlage urbaner Toleranz ist die Verteidigung der Stadt gegenüber den Feinden der Demokratie.

So wie die Toleranz eine Konsequenz der Freiheit ist, ist die Solidarität eine Konsequenz der Toleranz.

Der Freiheit und Toleranz erwachsen heute in verschiedener Hinsicht - ökonomisch, sozial und kulturell - neue Aufgaben, die nicht geringer, sondern größer werden.

Potsdam ist reich an Möglichkeiten, die zu mehr Toleranz und Solidarität geradezu verpflichten. Wir können heute zugleich freier und reicher, solidarischer und toleranter sein.

Eine neue Bürgerschaft fällt nicht vom Wertehimmel, sie bildet sich in Konflikt und Kooperation, Wahrnehmung und Neugierde, Unverständnis und Gespräch.

Statt zu stören, ist gelebte Vielfalt ein Grund, stolz auf die eigene Stadt zu sein.

Wie kann ich mich beteiligen?

Die Beteiligung ist über eine Vielzahl an konkreten Angeboten möglich. Stadtweit machen Plakate und Postkarten auf das Vorhaben aufmerksam und rufen zur Teilnahme auf. Ziel ist es, eine lebendige Diskussion zu entfachen, welche die Thematisierung von Problemen und das Aufzeigen von Lösungsansätzen ebenso umfasst wie den Aufruf zu bürgerschaftlichem Engagement. Machen Sie mit! Was muss der Text eines neuen Potsdamer Toleranzediktes Ihrer Meinung nach enthalten? Auf welche gemeinsamen Vereinbarungen wollen wir uns u.a. in den Wohnvierteln, Kitas, Schulen, Hochschulen, Gaststätten, Hotels, Unternehmungen, Behörden und Sportvereinen verständigen?

Internet-Forum

In einem online-basierten Forum können die PotsdamerInnen mitdiskutieren und so ihre Vorschläge und Ideen in die Debatte einbringen. Welche Punkte gehören in ein neues Potsdamer Toleranzedikt? Was bedeutet Toleranz für das Zusammenleben in Potsdam? Wie wollen wir zukünftig in unserer Stadt leben? Diskutieren Sie mit! Bringen Sie sich ein! Das Forum und Informationen zum Projekt finden Sie unter: www.potsdamer-toleranzedikt.de

Unterschriftenaktion

Eine Unterschriftenaktion, die ab März startet, soll ein Bekenntnis der PotsdamerInnen zu einer toleranten und weltoffenen Stadt ermöglichen. Sowohl in Form von Postkartensendungen als auch durch eine elektronische Unterschrift auf der Webseite www.potsdamer-toleranzedikt.de können sich die Einwohner Potsdams daran beteiligen. Wir wollen gemeinsam zeigen: Potsdam versteht sich als tolerante und weltoffene Stadt!

Diskussionstafeln

Eine weitere wichtige Aktionsform sind Diskussionstafeln, die an vielen Stellen in der Stadt Potsdam aufgestellt werden. Hier können die PotsdamerInnen ihre Meinungen und Vorschläge hinterlassen. Die Nutzung und Pflege der Tafeln obliegt dabei einzig und allein den PotsdamerInnen selbst. Die Diskussionstafeln werden abschließend in einer Ausstellung zu einem Gesamtbild vereinigt, das die vielfältigen Wortmeldungen widerspiegelt. Über die Entwicklung wird regelmäßig auf der Webseite berichtet.

Selbstverpflichtungen

PotsdamerInnen und Initiativen, Vereine und Unternehmen in Potsdam werden aufgerufen, durch so genannte Selbstverpflichtungen ihren Teil zum Potsdamer Toleranzedikt beizutragen. Denkbar sind hier kleine und große Aktionen, die das Leben in Potsdam lebenswerter machen. Ihre eigenen Ideen und Ihr Engagement sind hier gefragt!



SDAM

www.potsdamer-toleranzedikt.de